



Parlamentarischer Vorstoss

☐ Motion☒ Postulat☐ Interpellation☐ schriftlich☐ mündlich

Eingereicht von: SVP - Fraktion

Titel: Was muss geschehen bis die Polizei einschreitet
und geltendes Recht durchsetzt?

Am 22. Januar 2011 fand in der Stadt St. Gallen eine bewilligte Anti-WEF-Kundgebung mit anschliessendem Umzug statt. Gemäss St. Galler Tagblatt zogen dabei ca. 400 Personen in einem lautstarken Umzug, begleitet durch die Stadtpolizei, durch die St. Galler Innenstadt. Viele unbeteiligte Personen haben dem Treiben zugesehen. Mehrere davon sind deshalb an uns gelangt, weil sie von ihren Beobachtungen in diesem Zusammenhang befremdet waren.

So wurde bemerkt, dass sich verschiedene Demonstranten schon vor dem Umzug vermummten. Die Polizeikräfte hätten offenbar zwar auf das Vermummungsverbot hingewiesen, durchgesetzt wurde es aber nicht. Während des Umzuges eskalierte die Demonstration wegen ca. 100 Chaoten. Das Vermummungsverbot wurde missachtet und die Polizei schaute zu. Es fanden Sachbeschädigungen statt und in der Menschenmenge wurden in erheblichem Umfang Pyros gezündet. Zudem wurden die begleitenden Polizisten mit Pyros, Flaschen und Schneebällen beworfen. Gemäss Medien wurden Passanten angegangen und verprügelt, ohne dass die Polizei einschritt.

Somit wurden die Straftaten Körperverletzung, Gewalt und Drohung gegen Beamte, Sachbeschädigung, Widerhandlung gegen das Vermummungsverbot und Landfriedensbruch von Amtes wegen nicht verfolgt.

Es darf davon ausgegangen werden, dass die Polizei eingegriffen hätte, wenn Urheber solcher Straftaten ein Einzelner oder eine kleine Gruppe gewesen wäre. Wir sind der Überzeugung, dies wäre nicht geduldet worden - und es darf auch nicht geduldet werden!

Der Stadtrat wird daher eingeladen Bericht zu erstatten,

- ab wie vielen Demonstrationsteilnehmenden die Polizei nicht mehr einschreitet
- wie hoch die Kosten dieses Einsatzes für den Steuerzahler zu stehen kommt
- wie hoch sich der Sachschaden für die Öffentlichkeit, Geschäfte und Privatpersonen beläuft
- welche Personenschäden Polizei und Stadtrat bekannt sind
- ob sich die Polizei bei den unbeteiligten Opfern des Saubannerzuges um Wiedergutmachung bemüht oder sich wenigstens entschuldigt hat

und welche Massnahmen der Stadtrat zukünftig zu treffen gedenkt,
damit die Polizei in Zukunft das geltende Recht durchsetzt.

Für die SVP-Fraktion

M. Keller, H. Seger, K. Eckstein, R. Frommenwiler

Datum: 22.2.11

Unterschrift:



Eingereicht von:

Titel:

Adam-Allenspach Patrizia	Keller Felix
Baumgartner Christoph	Keller Guido <i>Q. Q. Keller</i>
Bertoldo Daniel	Keller Michael <i>UL</i>
Boesch Martin	Koch Fabian
Brunner Thomas	Königer Doris
Bühler Roman Claudio <i>A. Bühler</i>	Kübli Pascal
Cassani Peter <i>P. Cassani</i>	Locher Daniel <i>Daniel Locher</i>
Deér Tibor <i>X</i>	Meyer Thomas
Deuel-Zumstein Jennifer <i>J. Deuel</i>	Mitrovic Vica
Dornier Roger	Nef Eveline <i>E. Nef</i>
Eckstein Karl <i>K. Eckstein</i>	Riedmann Robin
Eggmann Franz	Rietmann Daniel
Etter-Steinlin Lisa	Rosenblum Stefan <i>Stefan Rosenblum</i>
Fässler Franz <i>F. Fässler</i>	Rotach Marcel
Federer Cécile	Rüesch Albert
Frei Barbara	Ruppeiner Werner
Frommenwiler René <i>R. Frommenwiler</i>	Schlegel Moser Simone <i>S. Schlegel Moser</i>
Furrer Robert	Schmid-Keller Susanne
Gähler Anita	Schneider-Gallati Philip
Gerlach Rahel <i>X</i>	Schwager Thomas
Gerster Wolf Heidi <i>X</i>	Seger Heinrich <i>H. Seger</i>
Gmünder Braun Susanne	Stauffacher Daniel
Gugg René <i>R. Gugg</i>	Surber Bettina
Gunzenreiner Lukas	Thomann-Seiz Marie-Theres
Hänggi Graber Michaela <i>X</i>	Truniger Blaser Beatrice
Hasler Etrit	Tschirky Boris <i>B. Tschirky</i>
Hofstetter Johannes <i>X</i>	Weber Beat
Huber-Kobler Maria	Wenk Franziska
Huber Sylvia	Winter-Dubs Karin <i>X</i>
Hufenus Gallus	Wirth Rolf <i>R. Wirth</i>
Hugentobler Michael <i>X</i>	Würmli Martin
Kehl Daniel	

X bedeutet, die Person war an der Sitzung entschuldigt

Version vom 01.01.2011

